Geschäftsverzeichnisnr. 2144
Urteil Nr. 90/2001 vom 21. Juni 2001

URTEILSAUSZUG

In Sachen: Präjudizielle Frage in bezug auf Artikel 1*bis* § 2 des Gesetzes vom 18. März 1838 über die Organisation der Königlichen Militärschule, eingefügt durch das Gesetz vom 6. Juli 1967, gestellt vom Staatsrat.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus dem Vorsitzendem H. Boel und dem Richter und stellvertretenden Vorsitzenden L. François, den Richtern P. Martens, A. Arts, M. Bossuyt und A. Alen, und der Ehrenrichterin J. Delruelle gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden H. Boel,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. Gegenstand der präjudiziellen Frage

In seinem Urteil Nr. 93.385 vom 19. Februar 2001 in Sachen K. Staelens gegen den Belgischen Staat, dessen Ausfertigung am 16. März 2001 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat der Staatsrat folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel *1bis* § 2 des Gesetzes vom 18. März 1838 über die Organisation der Königlichen Militärschule in der durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Juli 1967 eingefügten Fassung gegen die Artikel 10, 11 und 24 der Verfassung, allein und in Verbindung mit Artikel 182 der Verfassung, indem Artikel *1bis* § 2 bestimmt, daß die Lehrprogramme der Abteilung 'Alle Waffen' durch den König festgelegt werden, während Artikel *1bis* § 1 des Gesetzes vom 18. März 1838 in der durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Juli 1967 eingefügten Fassung selbst das Programm der polytechnischen Abteilung festgelegt hat? »

(...)

IV. In rechtlicher Beziehung

(...)

In Hinsicht auf die Zulässigkeit des Begründungsschriftsatzes und des Antrags auf Fristverlängerung

B.1.1. Der Kläger vor dem Staatsrat hat am 26. April 2001 mittels eines bei der Post aufgegebenen Einschreibens einen Begründungsschriftsatz geschickt, in dem er die Verlängerung der Frist von fünfzehn vollen Tagen für das Einreichen eines Begründungsschriftsatzes beantragt.

B.1.2. Da die Frist für das Einreichen eines Begründungsschriftsatzes am 21. April 2001 ablief, ist der am 26. April 2001 mittels Einschreibens bei der Post aufgebene Schriftsatz - mit u.a. dem Antrag auf Fristverlängerung - unzulässig.

Artikel 72 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989, der die Frist für das Einreichen eines Begründungsschriftsatzes auf fünfzehn volle Tage festlegt, sieht übrigens, anders als Artikel 85 für das normale Verfahren, nicht die Möglichkeit vor, die genannte Frist mittels einer begründeten Anordnung des Vorsitzenden zu verlängern.

Zur Hauptsache

B.2. Artikel *1bis* des Gesetzes vom 18. März 1838 über die Organisation der Königlichen Militärschule, dessen Paragraph 2 Gegenstand der präjudiziellen Frage ist, bestimmte in der vor seinem Ersatz durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. März 2001 (*Belgisches Staatsblatt* vom 7. April 2001) geltenden Fassung:

« § 1. Das Programm der polytechnischen Abteilung umfaßt:

A. während der ersten zwei Studienjahre:

1. die Fächer, die festgelegt wurden durch Artikel 29 der Gesetze über die Verleihung der akademischen Grade und das Programm der Universitätsprüfungen bezüglich des Examens für den Grad eines Zivilingenieur-Kandidaten;

2. das graphische Rechnen, die Nomographie und die Grundprinzipien der operationellen Untersuchung;

3. die zweite Landessprache und eine Fremdsprache;

4. Begriffe des Rechts einschließlich des Militärstrafrechts;

B. während der drei darauf folgenden Studienjahre: die gemeinsamen und die Spezialfächer, die nachstehend aufgeführt werden:

a) gemeinsame Fächer:

1. die Fächer, die festgelegt werden durch Artikel 31 I der Gesetze über die Verleihung der akademischen Grade und das Programm der Universitätsprüfungen bezüglich der Examen für die unterschiedlichen Grade eines Zivilingenieurs;

2. das numerische Rechnen, die Statistik und Ergänzungen zur mathematischen Analyse;

3. die Servosysteme;

4. Ergänzungen zur Physik;

5. die Chemie der Sprengstoffe;
 6. Ergänzungen zur Topographie;
 7. Ergänzungen zur Graphostatik;
 8. allgemeine Organisationsgrundsätze;
 9. die Kriegsgeschichte;
 10. die allgemeine Psychologie und das Kommando;
- b) besondere Fächer:
1. für das Spezialgebiet ' Bewaffnung ' :
 - a. Ergänzungen zur angewandten Mechanik;
 - b. die Elektronik;
 - c. die Ermüdung mechanischer Konstruktionen und Strukturen;
 - d. die Ballistik, die Technik des Schießens und die Technik der Bewaffnung;
 2. für das Spezialgebiet ' Mechanik ' :
 - a. die Elektronik;
 - b. die Ermüdung mechanischer Konstruktionen und Strukturen;
 - c. die transportbezogene Mechanik, die die Verbrennungsmotoren einschließlich der Gasturbinen, die Fahrzeugstrukturen, die flüssigen Brennstoffe, die Öle und die Schmierfette umfaßt;
 - d. Begriffe der Ballistik, die Technik des Schießens und die Technik der Bewaffnung;
 3. für das Spezialgebiet ' Telekommunikationen ' :
 - a. Ergänzungen zur angewandten Mechanik;
 - b. Begriffe der Ballistik, die Technik des Schießens und die Technik der Bewaffnung;
 - c. die Telekommunikationen;
 4. für das Spezialgebiet ' Pionierwesen ' :
 - a. Ergänzungen zur angewandten Mechanik;

b. die Elektronik;

c. die Bodenmechanik und die Fundamentierung, die Stabilität der Gebäude, die Metallkonstruktionen, die Holzkonstruktionen, die gemauerten Konstruktionen und die Betonkonstruktionen;

d. die Techniken des Bau- und Pionierwesens.

5. Die Offiziersschüler müssen bei der Abschlußprüfung eine Arbeit über ein Thema im Zusammenhang mit den Fachgruppen ihres Spezialgebiets einreichen.

§ 2. Die Lehrprogramme der Abteilung 'Alle Waffen', die dasselbe Niveau erreichen müssen wie die Universitätsstudien, die zum wissenschaftlichen Diplom eines Lizientaten führen, werden durch den König festgelegt. »

In Hinsicht auf Artikel 24 der Verfassung

B.3.1. Aus der Begründung des Verweisungsurteils wird ersichtlich, daß sich die präjudizielle Frage auf die Übereinstimmung von Artikel 1bis § 2 des Gesetzes vom 18. März 1838 mit Artikel 24 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 182 der Verfassung bezieht, indem er dem König die Befugnis verleiht, die Lehrprogramme der Abteilung « Alle Waffen » festzulegen, während dem Kläger vor dem Staatsrat zufolge der obengenannte Artikel 24, der bezüglich der Militärpersonen durch Artikel 182 der Verfassung bestätigt wird, diese Angelegenheit dem Gesetzgeber vorbehält.

B.3.2. Artikel 24 § 5 der Verfassung, aufgrund dessen « die Organisation, die Anerkennung oder die Bezuschussung des Unterrichtswesens durch die Gemeinschaft [...] durch Gesetz oder Dekret geregelt [wird]. », ist nicht auf den an der Königlichen Militärschule erteilten Unterricht anwendbar, da diese Angelegenheit aufgrund von Artikel 182 der Verfassung dem föderalen Gesetzgeber vorbehalten ist.

B.3.3. Insoweit sich die präjudizielle Frage auf Artikel 24 der Verfassung bezieht, muß sie verneinend beantwortet werden.

In Hinsicht auf die Artikel 10 und 11 der Verfassung

B.4.1. Aus der Begründung des Verweisungsurteils geht hervor, daß sich die präjudizielle Frage auf die Übereinstimmung von Artikel *1bis* § 2 des Gesetzes vom 18. März 1838 mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 182 der Verfassung bezieht, indem er dem König die Befugnis verleiht, die Lehrprogramme der Abteilung « Alle Waffen » festzulegen, und auf diese Weise einen Behandlungsunterschied schafft zwischen den Schülern dieser Abteilung und den Schülern der polytechnischen Abteilung, für die Artikel *1bis* § 1 des beanstandeten Gesetzes selbst das Lehrprogramm festlegt.

B.4.2. Aus den Vorarbeiten zum Gesetz vom 6. Juli 1967, mit dem der beanstandete Artikel *1bis* in das Gesetz vom 18. März 1838 eingefügt wurde, wird vor allem ersichtlich, daß der Gesetzgeber « für die Offiziere, insbesondere jene, die keine Polytechniker sind, einen Unterricht universitären Niveaus [hat] festlegen [wollen], bei dem die humanwissenschaftlichen Lehrfächer den größten Teil ausmachen » (*Parl. Dok.*, Senat, 1964-1965, Nr. 228, S. 1) und - allgemeiner - die polytechnische Abteilung und die Abteilung « Alle Waffen » gesetzlich anerkennen wollte, da nämlich das Gesetz vom 9. April 1965 über verschiedene Maßnahmen zur Expansion des Universitätswesens in Artikel 3 bestimmt hat, daß die Offiziere mit einem Studiumabschluß in der polytechnischen Abteilung der Königlichen Militärschule den Titel eines Zivilingenieurs führen dürfen und die Offiziere mit einem Studiumabschluß in der Abteilung « Alle Waffen » den Titel eines Lizentiaten führen dürfen (mit der vom König festgelegten Qualifizierung).

B.4.3. Der Unterschied, der darin besteht, daß das Gesetz sich detaillierter zur polytechnischen Abteilung als zur Abteilung « Alle Waffen » äußert, ist mit der Tatsache verbunden, daß zum Zeitpunkt der Annahme der beanstandeten Bestimmungen zwischen akademischen Graden und wissenschaftlichen Graden unterschieden wurde.

B.5.1. Obgleich Artikel 182 der Verfassung bestimmt: « Das Gesetz bestimmt, wie die Armee rekrutiert wird. Es regelt ebenfalls die Beförderung, die Rechte und die Pflichten der Militärpersonen » und obgleich der Verfassungsgeber mit der Zuweisung der obengenannten Befugnisse an die gesetzgebende Gewalt hat vermeiden wollen, daß die ausführende Gewalt

als einzige die bewaffnete Macht regelt, und auf diese Weise jeder Militärperson hat garantieren wollen, daß ihr keine Verpflichtungen auferlegt werden können, ohne daß diese durch eine demokratisch gewählte beratende Versammlung festgelegt werden, schließt diese Verfassungsbestimmung jedoch nicht aus, daß der Gesetzgeber dem König eine begrenzte Durchführungsbefugnis zuweist. Insoweit die beanstandete Bestimmung präzisiert, daß die Lehrprogramme der Abteilung « Alle Waffen » das gleiche Niveau erreichen müssen wie die Universitätsstudien zur Erlangung des wissenschaftlichen Diploms eines Lizentiaten, hat sie gleichzeitig das Ausbildungsniveau und die Grenzen der Ermächtigung festgelegt.

B.5.2. Insoweit sich die Frage auf die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 182 der Verfassung bezieht, muß sie verneinend beantwortet werden.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

Artikel *1bis* § 2 des Gesetzes vom 18. März 1838 über die Organisation der Königlichen Militärschule, eingefügt durch das Gesetz vom 6. Juli 1967, verstößt nicht gegen die Artikel 10, 11 und 24 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 182 der Verfassung.

Verkündet in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 21. Juni 2001.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) H. Boel